

# Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik

Jürgen Turek

Die Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik der Europäischen Union ist mittlerweile in drei großen strategischen Kraftfeldern verankert. Zum einen innerhalb des Europäischen Forschungsraums mit seinen Forschungsrahmenprogrammen und seiner Raumfahrtpolitik, zum anderen im Kontext des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und schließlich innerhalb der 2005 revitalisierten Lissabon-Strategie des Europäischen Rats.<sup>1</sup>

2005 markiert hierbei die Evaluation der Lissabon-Strategie. Nachdem der Kok-Bericht Ende 2004 erhebliche Defizite bei den Anstrengungen moniert hatte, die Europäische Union bis 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, wurde diese Absicht 2005/2006 wiederbelebt. Nach der Strategie soll der Anteil der Mittel für Forschung und Entwicklung (FuE) bis dahin bei europaweit 3% des Bruttoinlandsprodukts liegen.<sup>2</sup> Darüber hinaus soll die EU verstärkt eine wissensbasierte Wirtschaft fördern. Zu diesem Zweck ist es notwendig, die Innovation und Verwendung innovativer Kommunikations- und Informationstechnologien zu unterstützen, insbesondere durch Wachstum fördernde Faktoren wie Forschung und Entwicklung, moderne Technologien und effiziente Netze.

Zur Ergänzung der neuen Impulse für diese Strategie verabschiedete die Europäische Union 2005 ein Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation. Zwischen 2007 und 2013 soll dieses Programm die Produktivität, die Innovationsfähigkeit und das nachhaltige Wachstum in Europa fördern. Dazu sollen Maßnahmen innerhalb von drei spezifischen Programmen insbesondere in den Bereichen „unternehmerische Initiativen“ und „Öko-Innovationen“, „Informations- und Kommunikationstechnologien“ sowie „intelligente Energien“ durchgeführt werden.

Im Rahmen des noch laufenden 6. (2002-2006) und des entworfenen 7. Forschungsrahmenprogramms (2007-2013) sind schließlich spezifische Initiativen und Programme konzentriert, welche die Innovationskraft und technologische Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Union erheblich stimulieren sollen.

## Forschungs- und Technologiepolitik

Das 7. Forschungsrahmenprogramm ist mit einer Laufzeit von 7 Jahren deutlich länger angelegt als seine Vorgängerprogramme.<sup>3</sup> Sein Gesamthaushalt während dieser Periode beträgt rund 67 Mrd. Euro. Hierbei sollen jährlich durchschnittlich 10 Mrd. Euro ausgegeben werden, wobei die Zuweisung der Ausgaben asymmetrisch erfolgt. Demnach schlägt

---

1 Vom März 2000.

2 Derzeit liegt der Anteil bei etwa 2%.

3 Die vorherigen Programme waren jeweils für den Zeitraum von 4 Jahren angelegt.

die Kommission vor, die Ausgaben stufenweise ansteigen zu lassen (2007 sechs Mrd. Euro), bis sie sich im Jahr 2013 auf 15 Mrd. Euro belaufen.<sup>4</sup>

Das Programm hat dabei vier spezifische Programme, die die vier übergreifenden Ziele der FTE-Politik in der EU widerspiegeln:

- Kooperation (Cooperation) für transnationale Zusammenarbeit in der Forschung
- Ideen (Ideas) zur Umsetzung der Grundlagenforschung durch einen europäischen Forschungsrat (European Research Council (ERC)), der ohne Vorgaben der Europäischen Kommission eigenständig Schwerpunkte der Forschung definieren soll
- Humanressourcen (People) für Marie-Curie-Maßnahmen und andere Initiativen des Austauschs von Wissenschaftlern
- Kapazitäten (Capacities) zur Unterstützung von Forschungsinfrastrukturen, Wissensregionen und kleineren und mittleren Unternehmen (KMU)

Zusätzlich zu diesen Programmen umfasst das 7. Rahmenforschungsprogramm ein Programm der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) für Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Kerntechnik sowie ein von der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) umzusetzendes Programm für allgemeine Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen.<sup>5</sup>

Der Schwerpunkt soll dabei auf der Förderung des Bereichs ‚Kooperation‘ liegen. Der geplante neue Europäische Forschungsrat (ERC) wird das Programm ‚Ideen‘ unabhängig vom restlichen Rahmenprogramm weitestgehend autonom umsetzen. Er soll über ein Gesamtbudget von voraussichtlich 12 Mrd. Euro verfügen. Im Rahmen des 7. Rahmenprogramms sind neun Bereiche vorgesehen, deren Finanzierung sich wie folgt differenziert:

- |  |                 |
|--|-----------------|
| – Informationsgesellschaft                                       | 11,20 Mrd. Euro |
| – Gesundheit   | 7,35 Mrd. Euro  |
| – Verkehr  | 5,25 Mrd. Euro  |
| – Nanowissenschaften, Werkstoffe<br>neue Produktionstechnologien | 4,27 Mrd. Euro  |
| – Sicherheit und Weltraum  | 3,50 Mrd. Euro  |
| – Energie  | 2,59 Mrd. Euro  |
| – Umwelt (einschließlich Klima-<br>schutz)                       | 2,24 Mrd. Euro  |
| – Lebensmittel, Landwirtschaft und<br>Biotechnologie             | 2,17 Mrd. Euro  |
| – Sozial-, Wirtschafts und<br>Geisteswissenschaften              | 0,70 Mrd. Euro  |

Daneben war die EU im Kontext des 6. Rahmenprogramms in der Abwicklung laufender Vorhaben tätig. Sie konzentrierte sich hier nach wie vor auf sechs Hauptziele, nämlich europäische Netzwerke der Exzellenz zu schaffen, europäische technologische Initiativen zu starten, in der Grundlagenforschung größere Kreativität durch Wettbewerb zu erzeugen, Europa für die besten Wissenschaftler attraktiver zu machen, Forschungsinfrastrukturen von europäischem Interesse auszubauen und einzelstaatliche Forschungsprogramme stärker zu koordinieren. Auch in den anderen Bereichen der Bio- und Nanotechnologie, der Raum-

---

4 Vgl. die Übersicht bei <http://www.euractiv.com/wissenschaft/7-forschungsrahmenprogramm-rp7>.

5 Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union, Brüssel 2005, S. 72.

fahrtspolitik, der Umweltpolitik und Sicherheitsforschung sowie der Sozialwissenschaften war die Union sehr aktiv und trieb dort Innovationen auf vielfältigste Weise an. Auf internationaler Ebene kam es zum Abschluss der europäischen Bewerbung für den Standort des Internationalen Thermonuklearen Versuchsreaktors (ITER). Dank der einstimmigen Einigung der Verhandlungsparteien (China, Südkorea, USA, Japan, Russland und EU), wird der Reaktor nun in Europa gebaut. Mitte 2005 ist Indien dem Vorhaben beigetreten, sodass nunmehr über die Hälfte der Weltbevölkerung von diesem Großprojekt betroffen ist, das zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Bereich Energie beitragen soll.

Ein wesentlicher aber noch sehr junger Bestandteil des Europäischen Forschungsraums ist seit 2003 die Raumfahrtspolitik der EU.<sup>6</sup> Sie soll im Wesentlichen zu schnellerem Wirtschaftswachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen und Steigerung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit, Erweiterung und Zusammenhalt der EU, nachhaltige Entwicklung sowie mehr Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit führen. Hier wurden im Zuge weiter vorbereitender Maßnahmen für die Sicherheitsforschung interdisziplinäre Forschungsprojekte finanziert, die auf Lösungen konkreter Sicherheitsaufgaben ausgerichtet sind.

### **Informationsgesellschaft und Telekommunikation**

Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien wurde in der EU Anfang des 21. Jahrhunderts mit dem Aktionsplan „eEurope 2005“ systematisiert. Sein Ziel war, private Investitionen zu begünstigen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Produktivität zu steigern, den öffentlichen Dienst zu modernisieren und die Teilhabe von jedermann an der Informationsgesellschaft zu sichern. Nach Angaben der Europäischen Kommission habe dies dazu geführt, dass heute über 80% der Bevölkerung der EU-15 eine schnelle Internetverbindung nutzen. Darüber hinaus seien in der EU-25 mittlerweile 40% der grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen komplett interaktiv zugänglich.<sup>7</sup> Mit den Initiativen „eContentplus“, und „Mehr Sicherheit im Internet“ will die Kommission die Umsetzung des Aktionsplans in den kommenden Jahren fortführen, mit dem sie auch in Zukunft die Zugangs- und Nutzungsbedingungen verbessern sowie die Sicherheit digitaler Inhalte gewährleisten will.

Um im Kontext der revitalisierten Lissabon-Strategie kommunikations- und informationstechnologische Innovationen zu stimulieren, verabschiedete die Kommission am 1. Juni 2005 darüber hinaus die Initiative „i2010“: Europäische Informationsgesellschaft 2010“. Unter „i2010“ versteht sie eine umfassende Strategie mit der sämtliche politische Instrumente der Gemeinschaft modernisiert und eingesetzt werden sollen, um den weiteren Ausbau der digitalen Wirtschaft voranzubringen. Die Initiative basiert dabei auf drei Prioritäten: Vollendung des offenen und wettbewerbsfähigen Binnenmarkts im Bereich Dienstleistungen, Informationsgesellschaft und Medien; Steigerung der privaten und öffentlichen Investitionen in die Forschung über Informations- und Kommunikationstechnologien; Teilnahme aller an der Informationsgesellschaft in Europa. Diese Prioritäten sollen demnach dazu dienen, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU zu fördern.

Jenseits der konkreten Programme und Initiativen zur Informationsgesellschaft konnte die EU auch ihre Visionen dazu in den globalen Diskussionsprozess einspeisen. Sie hatten

---

6 Die wird institutionell realisiert innerhalb einer Kooperation der Europäischen Kommission, der Europäischen Weltraumagentur (ESA) und dem Europäischen Institut für Weltraumpolitik, Wien.

7 Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.), a.a.O., S. 74.

Einfluss auf die Empfehlungen des diesbezüglichen Gipfels der Vereinten Nationen, der vom 16.-18. November 2005 in Tunis stattfand. Auf diesem Gipfel wurde die weitere Internationalisierung und Verwaltung des Internet und eine stärkere Zusammenarbeit vereinbart, wodurch auch eine Verringerung der digitalen Kluft in den Entwicklungsländern angestrebt wird.

### **Kompakter Forschungsraum**

Zahlreiche Stimmen äußerten Kritik am Entwurf des 7. Forschungsrahmenprogramms. So monierten etwa Vertreter des Mittelstands, dass den kleinen und mittleren Unternehmen in diesem Programm nicht explizit ein Minimum an Förderung zugebilligt und garantiert worden sei; andere Vertreter der Energiewirtschaft oder aus dem ökologischen Bereich etwa warfen in scharfer Form die Frage auf, warum das experimentelle Projekt des Fusionsreaktors zum Nachteil der Forschung zu alternativen und regenerativen Energien bewilligt worden sei. Jenseits dieser und anderer Formen lobbyistischer Kritik fällt jedoch auf: Die europäische FTE-Politik hat sich in den vergangenen Jahren und innerhalb der nun etablierten drei innovativen Kraftfeldern systematischer und finanziell stärker aufgestellt. Sie realisiert damit einen immer kompakteren Forschungsraum, der Ende 2003 in richtiger Weise um die europäische Raumfahrtspolitik erweitert worden ist. Dies wundert angesichts der internationalen Lage und der weltweiten Konkurrenz nicht, setzt nun aber voraus, dass alte Fehler der bürokratischen Umsetzung oder des Zugangs zu konkreten Projekten nicht wieder zu Fehlschlägen oder kritischen Evaluationen wie diejenige der Majo-Kommission 2000 führen.

### **Weiterführende Literatur**

- Europäische Kommission (Hrsg.): Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union, Brüssel 2005.
- Dies., Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union. Forschung und Innovation, in: [http://europa.eu.int/pol/rd/index\\_de.htm](http://europa.eu.int/pol/rd/index_de.htm)
- Sturm, Roland: Die Forschungs- und Technologiepolitik der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch, 3. aktualisierte und überarbeitete Auflage, Bd. 1: Die Europäische Union – Politisches System und Politikbereiche, Gütersloh 2004, S. 286-304.
- Turek, Jürgen: Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der europäischen Integration, Bonn/Baden Baden 1993ff.
- Ders.: Weltraumpolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Europa von A bis Z, 9. Aufl., Baden Baden 2005, S. 374-376.